

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

MBI-Zwischenbilanz Juli/August 2017

Die besorgniserregende Weltlage, die vielen barbarischen Terrorakte, die unregelmäßige Völkerwanderung speziell nach Deutschland und die Missachtung von Demokratie und Rechtsstaat an vielen Stellen der Erde haben auch 2017 alles überlagert und in den Hintergrund gedrängt.

1. Halbjahr 2017: EU erneut vorläufig gerettet? Sonst aber Auflösung statt Integration allerorts?

Nach der Brexit-Entscheidung, der Italienkrise, der Flüchtlingskrise und der Umwandlung der Türkei in eine offene Diktatur war die EU auch unabhängig von den weiter schwelenden Finanzproblemen in eine Existenzkrise geraten. Bei Wahlen in den Niederlanden, Frankreich, NRW und anderen Bundesländern drohten die sog. Populisten weiter zulegen zu können oder sogar EU-feindliche Regierungen zu stellen, etwa in Frankreich, was das EU-Aus bedeutet hätte. Doch dann gelang es, eine Klippe nach der anderen gerade noch zu umschiffen und erneut Zeit zu gewinnen.

In USA droht Trump mit Rückwärtsbewegung, in Russland rüstet der Autokrat Putin auf. Die westliche Welt droht zu implodieren. Auch im noch wirtschaftsstarke Deutschland driftet die Bevölkerung bedrohlich auseinander. Das Vertrauen in die bisherigen Eliten ist ernsthaft erschüttert. Es knirscht auf allen Ebenen, nicht zuletzt in der Krisenregion Ruhrgebiet. Auch in Mülheim fällt es schwer, anstehende Probleme noch sachgerecht zu bearbeiten. Der Stadtrat, der nur 2 Jahre nach der Wahl ob der vielen Überläufer das Wahlergebnis kaum noch widerspiegelt, beschäftigt sich entweder mit sich selbst oder nickt ab, was die Verwaltung will oder vertagt aus lauter Ratlosigkeit. Der WAZ-Konzern als Medien-Monopolist vor Ort bemüht sich, halbwegs heile Welt zu vermitteln, weshalb die MBI oft stiefmütterlich bis unfair behandelt werden. Doch egal:

In normalen Zeiten könnten die MBI nämlich erneut zurückblicken auf eine außergewöhnliche Erfolgsbilanz nur im 1. Hj. 2017, doch in diesen ungewissen Zeiten geht auch das fast völlig unter.

Die MBI haben auch in 2017 viele der wirklich wichtigen Problemstellungen bearbeitet und Anträge oder Vorschläge eingebracht, ob zur ÖPNV-Katastrophe, zur Innenstadtkrise, zur missratenen Verkehrsführung, zum Baustellenchaos, zum überfälligen Abstoßen der RWE-Aktien oder zum erhöhten Druck von Immobilienspekulanten auf Grün- und Freiflächen insbesondere in schützenswerten Klimaschneisen und Außenbereichen.

Hätte man nur öfter und früher auf die MBI gehört

Etliche Themenfelder, in die die MBI zuvor sehr viel Zeit, Energie und Engagement gesteckt haben, konnten in der letzten Zeit nach und nach endlich in unserem Sinne abgehakt werden wie z.B. das leidige Fallwerk am Rande der Wohngebiete in Speldorf, das Anwohnerparken in der Altstadt, der Erhalt des VHS-Standortes am MüGa-Rand usw.. Bei neueren Problemlagen wie der realitätsblinden Schulpolitik auch vor Ort mit unausgegorener Inklusion, kaum zu bewältigenden Mengen an Seiteneinsteigern durch die unregelmäßige Riesen-Zuwanderung und einem überforderten Immoservice ob des enormen Sanierungsstaus sind wir mit unseren Fragen und Vorschlägen zwar auf erschreckende Ignoranz von Verwaltung und Ratsmehrheiten gestoßen, doch konnten wir die Betroffenen etwa der Gustav-Heinemann-Gesamtschule oder der RS Broich ermutigen, selbst an die Öffentlichkeit zu gehen. Das zeigte dann Wirkung, auch wenn es nicht zugegeben wurde. Auch beim beschlossenen Kahlschlag Leineweberstr. und dem erschreckenden Versuch der Wiederbelebung der heiklen, schon zweimal gescheiterten Baupläne Tinkrathstr. konnten die MBI an vorderster Stelle mithelfen, Betroffene zu aktivieren und so das fatale „*Die machen doch eh, was sie wollen*“ durchbrechen. Unsere Haltung zu dem brennendsten Thema der ÖPNV-Zukunft ist bekannt, abgesehen vom Haushaltsdesaster, wobei Mülheim nun selbst Oberhausen als Spitzenreiter der Pro-Kopf-Verschuldung abgelöst hat. Nun ist auch Mülheim im Stärkungspakt des Landes, doch die hoffnungslose Haushaltslage retten auch jährlich 35 Mio. vom Land nicht mehr. **Wie die neue Landesregierung inkl. neuer RP in mit der hochgradig unseriösen MH-Haushaltsführung als Finanzaufsicht umgehen wird, ist zudem völlig ungewiss!**

Mülheim 2017: Götterdämmerung bei der SPD?!

Frau ex-SPD-OB und immer noch RWE-Aufsichtsrätin Mühlenfeld hat ein sehr schwieriges Erbe hinterlassen: Katastrophale Haushaltslage, sogar bilanziell überschuldet, zu große Abhängigkeit vom abgestürzten RWE-Konzern und ein hoher Privatisierungsgrad der Daseinsvorsorge, so dass das ÖPNV-Desaster, die Innenstadt-krise, die vermurkste Verkehrsführung und, und, und kaum noch ohne Brüche lösbar sind. Noch im Feb./März fühlte sich die Mülheimer SPD so fest im Sattel wie lange nicht: Vergrößerte Fraktion durch 2 Überläufer, im Ernstfall immer der Unterstützung durch Grüne und/oder Linke und Tuncer sicher und vor allem mit besten Beziehungen zu Landesregierung und RP in Düsseldorf. Wie in besten Filzzeiten konnte die SPD mit Bonan als ÖPNV-Chef und Mendack als Kämmerer strategische Positen auch ohne Sachkompetenz besetzen. Die WAZ als quasi-Sprachrohr der SPD-Verwaltung war ihr weiterhin insgesamt gut gesonnen. Doch dann geriet die SPD auch in Mülheim nach und nach eher ins Abseits. Erst rebellierte „ihre“ Vorzeigeschule, die **Gustav-Heinemann-Gesamtschule, gegen die völlige Überforderung durch viel zu viele Seiteneinsteiger**. Der Versuch der Einschüchterung und des Verschweigens misslang und damit war das bestens gepflegte Image von der Modell- und Pionierstadt Mülheim zu Flüchtlingen deutlich angekratzt. Seither herrscht Ratlosigkeit. Dann wollte die SPD nicht einsehen, dass der beschlossene **Kahlschlag an der Leineweberstr.** weder zu vermitteln, noch durchsetzbar war. So blamierte sie sich gehörig. Beim **Erhalt des Hortes Richard-Wagner-Str.** blieb sie völlig alleine und isoliert. Und beim Komplex ÖPNV/Nahverkehrsplan fiel die SPD um, als mit einem gemeinsamen Antrag mit Grünen und MBI der Verwaltung Paroli geboten werden sollte. Und dann die verlorene Landtagswahl mit weitreichenden Folgen insbesondere für Mülheim und die Mülheimer SPD:

Mülheim bald ohne Sonderbehandlung aus Düsseldorf?

Beim SPD-Neujahrsempfang forderte OB Scholten noch „mutbesetztes Handeln als Antwort auf bettnässerische Kleinherzigkeit“ und Ministerpräsidentin Kraft wollte absolut keine Vergleichbarkeit des Ruhrgebiets mit den USA-rustbelts erkennen. Kurz später begann der herbeigeredete Schulz-Hype der Bundes- und Landes-SPD. Im Feb. schien Frau Kraft unschlagbar wiedergewählt zu werden, ob mit Rot-Grün oder Rot-Schwarz schien Nebensache. Im Mai kam alles völlig anders, so dass auf dem Bild rechts von Januar 3 nun SPD-Exen zu sehen sind, da auch Wiechering mit 74 als Fraktionschef abtrat. **Zeitenwende der Mülheimer SPD?**



Sicherlich wichtiger aber ist folgende Frage: **Was kommt auf Mülheim zu, wenn weder Ministerpräsidentin, noch andere Mölmsche Jungs oder Mädels an führenden Stellen in Düsseldorf sitzen?**



Mülheim a.d. Ruhrbania

Da ist an allererster Stelle "natürlich" **der Katastrophenhaushalt**, von SPD, Grünen und diversen Linken im Januar gegen Sinn und Verstand beschlossen. Die „alte“ RPin hat pünktlich vor der Landtagswahl ihre Zustimmung verkündet, dass Mülheim in den Stärkungspakt kommt, ohne aber den Haushalt selbst genehmigt zu haben. Ein Unding, das Frau Kraft vielleicht noch das Landtagsmandat in ihrer Heimatstadt einbrachte, mehr aber nicht. Schwarz-Gelb hat die grüne RPLüttkes abgelöst. Ob damit auch der bisher übermäßig laxer Umgang der Aufsichtsbehörde mit Mülheimer Haushaltsbeschlüssen als reine Makulatur geändert wird, bleibt abzuwarten. Die zukünftige Landesregierung wird auf Dauer aber nicht weiter zulassen können, dass Mülheim als einzige Großstadt weit und breit sich auch bilanziell immer weiter überschuldet, selbst bei jährlich ca. 35 Mio. Euro Landeszuschuss per Stärkungspakt. Der bisherige RP verweigerte dazu ein Gespräch mit den MBI und ebenso jede Stellungnahme zu diesem quasi-griechischen Riesenproblem. Man wird sehen, was geschieht! Weitermachen wie gehabt geht aber nicht!

Als zweites großes Problem wird sich die neue Landesregierung der **ÖPNV-Frage im Ruhrgebiet** widmen müssen, ob sie will oder nicht. Auch das ist ein wesentlicher Standortnachteil für das Ruhrgebiet. Der Sanierungsstau ist gigantisch, der in 28 Gesellschaften zerstückelte Nahverkehr des Ruhrgebiets ist sehr teuer und recht ineffektiv. Die Fusion der Kirchturmgesellschaften ist notwendige Voraussetzung für einen besseren und billigeren ÖPNV. **Dieser lange überfällige Prozess kann aber nur funktionieren, wenn das Land die Teilstädte zwingt, was die NRW-SPD bisher tunlichst vermied.**



Entscheidung gegen Baumfällungen Leineweberstraße. Gut so!



Planungsausschuss und Bezirksvertretung setzten am 30. Mai ein Zeichen für doch noch lebendige Demokratie in Mülheim, denn bei nur einer Gegenstimme (FDP) und Nichtteilnahme der SPD an der Abstimmung wurde die Korrektur des im November 2016 einzig gegen die MBI gefassten Baubeschlusses und damit der Fällung etwa der Hälfte der gesunden Platanen Leineweberstraße beschlossen. Es hatte sich sehr eindrucksvoll gezeigt, dass nicht nur die meisten direkt Betroffenen, sondern auch große Teile der Stadtgesellschaft die Beschlüsse weder nachvollziehen, noch akzeptieren wollten. Weit über 3000 Unterschriften überzeugten schließlich die Mehrheit der Politik inkl. der CDU und sie stimmte auch gegen den "Kompromiss" mit nur noch 3 Baumfällungen und für den Antrag von MBI und CDU, alle Bäume zu erhalten.

Vorzeige-Radschnellweg mit Macken? MBI-Antrag führte zum Umplanen!

Viele Promis aus Land und Bund ließen sich bereits auf den fertigen Teilen der zukünftigen "Radautobahn" RS 1, dem Radschnellweg Ruhr, auf Rädern ablichten. Das prestigeträchtige Projekt soll den Radverkehr zwischen Hamm und Duisburg deutlich verbessern. Gut und richtig, aber kein Grund, dafür ohne Notwendigkeit Bäume zu fällen oder die Kultureinrichtungen rund um die MüGa zu beeinträchtigen durch Schlenker des RS 1 weg von der Trasse der stillgelegten ehemaligen Güterstrecke der Rheinischen Bahn. Auf MBI-Antrag hin versprach die Verwaltung, diesen Teilabschnitt neu zu überplanen. Gut so!

Die schwere strukturelle Mülheimer Innenstadtkrise – ein Circulus Vitiosus?

Die Mülheimer Innenstadt ist geprägt von Leerstand vieler Läden, obwohl deutlich mehr mit Menschen gefüllt, da die Wohnungsleerstände nicht zuletzt durch Zuwanderer minimiert wurden. Laut M&B-Chef Schnitzmeier sind 40-60% der Mieter inzwischen Hartz IV-Empfänger, was aber die Immobilienbesitzer eher abhält, in die Gebäude zu investieren. Den erhofften Aufschwung hat auch Ruhrbania nicht bewirkt trotz gigantischer städtischer Vorleistungen. Miserable Verkehrsführung und Baustellen-Irrsinn erhöhen die Attraktivität der City auch nicht gerade. So befindet sich die Innenstadt eher in einem Teufelskreis, aus dem man nur herauskommt, wenn man die Realitäten anerkennt und Fehler zugibt. Doch davon sind große Teile von Verwaltung und Politik noch weit entfernt, leider.

Olympia im Ruhrgebiet: Vision, Luftnummer oder gar „Stuttgart 21-Ruhr“ ? Laut WAZ sind Revier-Politik und Bevölkerung begeistert von Olympia. Ist das wirklich so?

Laut Emnid-Umfrage für die WAZ begrüßten über zwei Drittel der Ruhrgebietsbürger die Spiele in der Region. Doch ganz so einfach ist die Sache sicher nicht, auch wenn die WAZ es herbeischreiben möchte. Bereits zweimal sind zuletzt die Olympiaträume von Funktionären und Teilen von Wirtschaft sowie Politik an der Bevölkerung gescheitert, in Garmisch-Partenkirchen und in Hamburg.



Die Erfahrungen von zuletzt Rio sind das exakte Gegenteil von berauschend und die gänzlich verschärfte Sicherheitsproblematik von Großveranstaltungen dieser Dimension macht alles nicht gerade einfacher und schlichtweg unbezahlbar!

Das Thema Olympia Rhein-Ruhr war im August 2016 kurz ein großes Thema, verschwand dann aber in der Versenkung, als die ersten kritischen Stimmen laut wurden. Kaum waren die NRW-Wahlen vorbei, wurde dann fast ein Jahr später das ganze hervorgeholt und man staunte nicht schlecht, wie weit das völlig an der Öffentlichkeit vorbei bereits gediehen ist. "Natürlich" sind wieder "alle" begeistert und die WAZ machte auch gleich ein Rieseninterview mit IOC-Chef Bach dazu. Nicht ok war es dennoch, die Olympia-Pläne im Wahlkampf schön ganz außen vor zu lassen.

Auch die neue Landesregierung NRW will genau wie Frau Kraft davor, die nun rein „zufällig“ nur noch im Sportausschuss(!) des Landtages sitzt, ernsthaft die **Olympiade ins Ruhrgebiet** holen. So steht es im Koalitionsvertrag. **Diese Idee ist Irrsinn.** Eher brennt die Ruhr. CDU und FDP können nicht von oben herab als Eliten ein total korruptes Event gegen die Menschen im Revier durchdrücken. So verliert die schwarz-gelbe Koalition in absehbarer Zeit ihre Macht. Die Olympiade wird für Armin Laschet und Christian Lindner zu "Stuttgart 21 Ruhr". **Vollkommen an der Mehrzahl der Menschen vorbei gedacht?!**

Mülheim 2017: Augen zu und schnurstracks in die Sackgasse?!

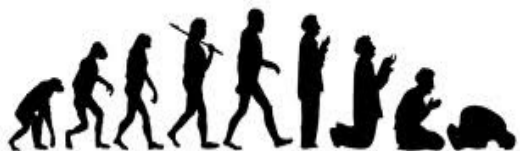
Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Schwere Innenstadtkrise, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion inkl. inflationärer Gutachteritis, und über allem eine nahezu hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt auch durch die viel zu engen Bindungen an das RWE, weitaus größer als bei allen anderen RWE-Städten. Doch bisher wollten die Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts von ihrem Kurs in die Sackgasse abbringen lassen. Gesundheitsbetriebe, immer neue Projekte, immer neue Baustellen als Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen. **Da kam die Flüchtlingskrise gerade recht als willkommenes Ablenkungsmanöver und eine Art Konjunkturprogramm auf Pump in der Erwartung vieler Millionen von Land und Bund.** Zwar versuchen Politik und WAZ-Medien vorzugaukeln, dass „Weitermachen wie gehabt“ noch funktionieren könne. Doch das wird aus vielerlei Gründen kaum noch gehen! Im folgenden einige Schwerpunkte dessen, was überfällig ist und seit längerem von den MBI immer wieder angemahnt wird:

- ◆ **Das erbärmliche Gehampel um die ÖPNV-Zukunft muss beendet werden! Ministerium und RP müssen die Federführung übernehmen und die Ruhrstädte zur Fusion ihrer Verkehrsgesellschaften zwingen, zuerst im westlichen Ruhrgebiet (DU, MH, E und OB!). Das erbärmliche Scheitern selbst der halbherzigen VIA darf sich nicht wiederholen!**
- ◆ Die extreme RWE-Abhängigkeit muss zumindest verringert werden! Das bisherige krampfhaftes Festhalten an den RWE-Aktien musste in 2016 notgedrungen gelockert werden, leider nicht aus Einsicht, sondern weil der Konzern sich aufspaltete. Aber auch in vielen anderen Sektoren wie RWW, medl, SWB, Straßenbeleuchtung usw. muss Mülheim unabhängiger vom RWE werden.
- ◆ **Selbstbedienungsmentalität und Misswirtschaft in Serie müssen eingedämmt werden! Es sind nicht nur die üppigen Gehälter in den städtischen Beteiligungen, der Fall Rinas hat auch einen unvorstellbaren Sumpf in diversen Korruptionsnetzwerken offenbart.**
- ◆ Bei Immobilienspekulanten herrscht weiter Goldgräberstimmung. Aktuell gibt es auch 2017 viele Beispiele insbesondere in den grünen oder den Außenbereichen von Mülheim, wo Pläne geschmiedet werden für immer neue Bebauung, meist für Luxuswohnungen, ob am Auberg, an der Mendener Str., Selbeck oder, und.... Auch Bauprojekte, die vor Jahren aus diversen Gründen nicht umsetzbar waren, werden jetzt erneut versucht. So z.B. die Bebauung des Ackers fast im Außenbereich zwischen Tinkrath-, Velauerstr. und Diepenbeck, wo im Übrigen große Bergbauschäden existieren.
- ◆ „Natürlich“ muss auch in Mülheim die Zuwanderungsdebatte auf den Boden der Realitäten zurückkehren und auch die Alteingesessenen und vorher Zugewanderten mit einbeziehen.

Das größte Problem aber ist die schwere Demokratiekrise auf breiter Front und in Mülheim auf bedrohlichem Tiefpunkt!

Die Volksabstimmung zum Brexit hat im Mutterland der modernen Demokratie einen großen Vertrauensverlust der Bevölkerung in EU und nationale Regierung offenbart, der inzwischen in vielen EU-Ländern und den USA mindestens genauso anzutreffen ist. Die Regierenden tun aber auch fast alles, um ihre Glaubwürdigkeit selbst zu untergraben, wobei der Haupttross der Medien mitspielt, leider. Um demnächst z.B. Autobahnprivatisierung und PKW-Maut für alle zu ermöglichen, wurde Anfang Juni die größte und weitreichendste Grundgesetzänderung der Nachkriegsgeschichte beschlossen. Nach dem Bundestag am 1. Juni, mit immerhin noch 50 Gegenstimmen, stimmte der Bundesrat bereits Stunden später sogar einstimmig dem „monströsen Eingriff“ (Zitat Lammert) in den deutschen Föderalismus zu und damit dem Weg in die eigene Bedeutungslosigkeit, für ein paar Milliarden Euro. Und die meisten Medien berichteten darüber nicht oder wissentlich falsch. Riesiger Medienjubiläum begleitete dagegen den Beschluss zur „Ehe für alle“, welcher zweifelsohne grundgesetzwidrig war.

Außer dass bereits der Titel Unfug ist, wurde gleichzeitig fast völlig verschwiegen, dass der Bundestag kurz danach mit dem sog. „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ die bisher größte Bedrohung der Meinungsfreiheit innerhalb der deutschen Demokratie durchwinkte! Bedenkliche Auflösungserscheinungen gibt es nicht nur in Brüssel, Berlin usw., auch im kriselnden Ruhrpott und in Wülheim/ Ruhr sind Bedeutungs- und Niveauverlust enorm.



Evolution und Devolution

Berlin usw., auch im kriselnden Ruhrpott und in Wülheim/ Ruhr sind Bedeutungs- und Niveauverlust enorm.